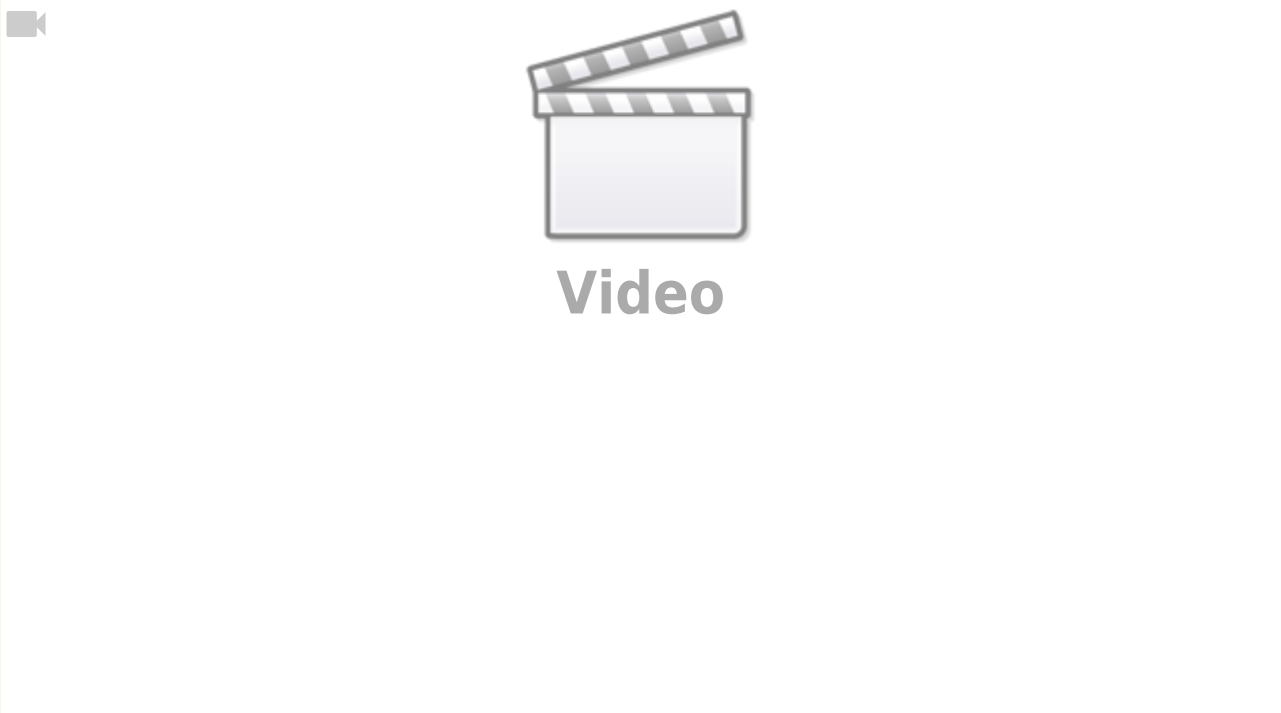
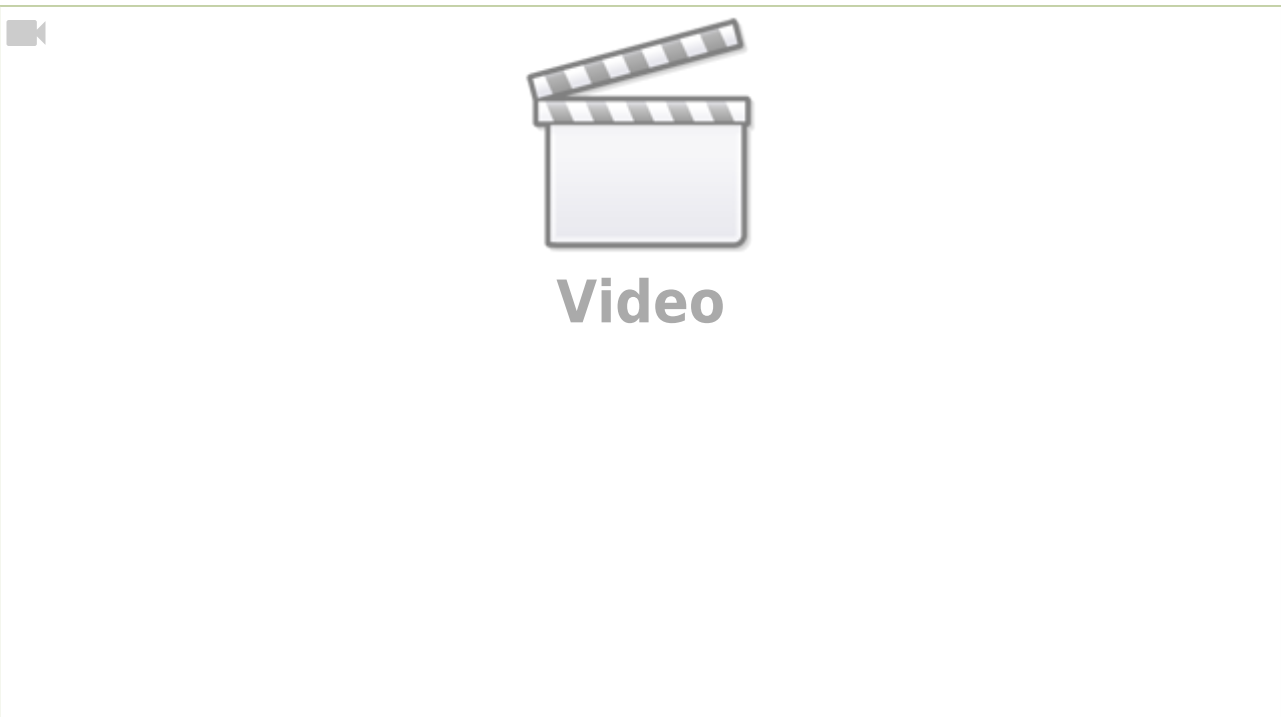


Medienwandel

Fallbeispiel: Rezo - Die Zerstörung der CDU (05/2019)



Einordnung verschiedener Reaktionen



v.a. interessant: Reaktion eines FAZ Redakteurs (ab 12:50) – hier scheint die Kränkung und Hilflosigkeit deutlich zu werden, die das „alte“ Medium Zeitung erfährt, dessen Journalisten bis vor einigen Jahren die Deutungshoheit über wichtige Ereignisse hatten und die nun erkennen müssen,

dass ein junger Man mit einem YouTube-Kanal in ein paar Tagen mehr Reichweite erzielt als sie als große deutsche Tageszeitung jemals hatten.

Faktencheck der Klimafakten



Video

Follow-up: Offener Brief von 90 YouTubern

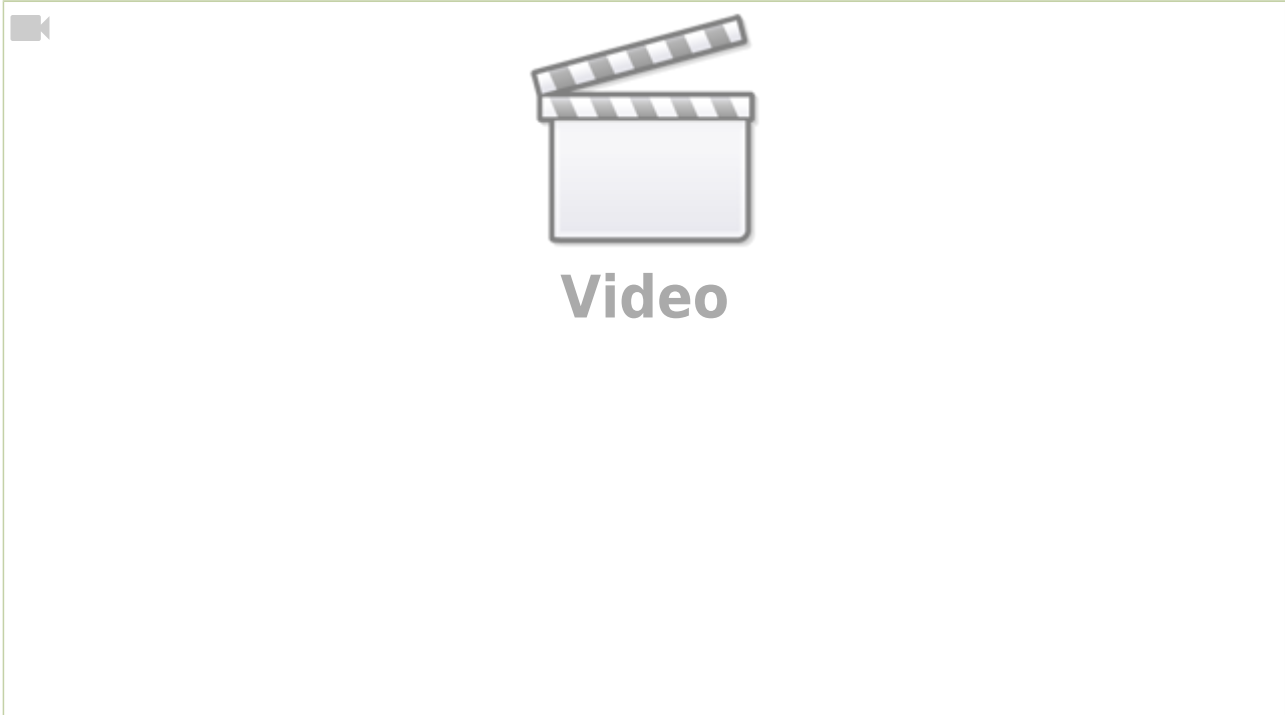


Video

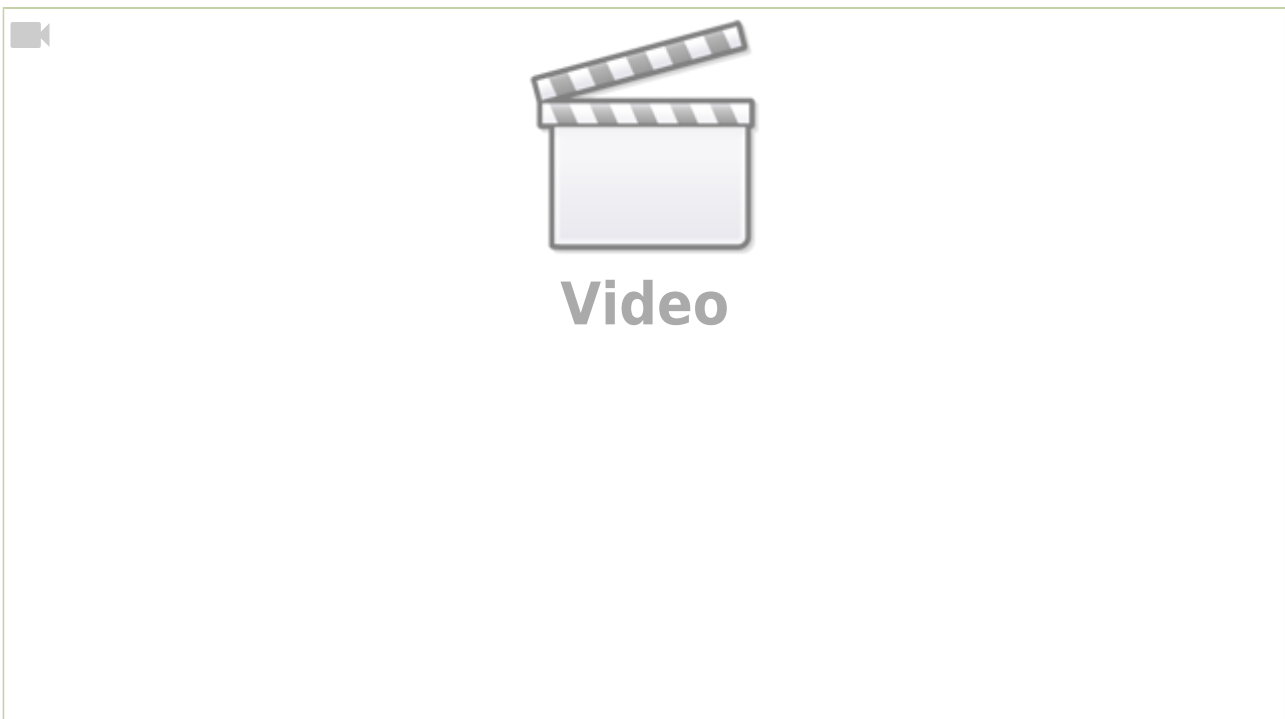
Hier v.a. interessant: Erst durch digitale Technologien und den damit verbundenen Medienwandel ist es möglich, dass 90 Menschen innerhalb von ein bis zwei Tagen ein koordiniertes Statement verfassen, sich über den Text einig werden, diesen unter sich verteilen; dass jeder von ihnen diesen Text vorträgt, sich dabei filmt, die Videos dann wieder (vermutlich) einem von ihnen zukommen lässt, welche/r das Ergebnis dann zusammenschneidet und veröffentlicht.

Die dafür nötigen Technologien (Messenger, Kollaborative Textdokumente, schnelles Internet, Videokameras in praktisch jedem Haushalt, YouTube als unregulierte Plattform, wo das Ergebnis sofort eine große Reichweite erzielen kann) waren bis vor einem Jahrzehnt noch nicht vorhanden, daher wäre so eine politische Meinungsäußerung mit dieser Breitenwirkung (knapp 3 Mio Aufrufe nach 2 Tagen, Stand 26.05.2019) nicht möglich gewesen.

Analyse von Mr Wissen2Go



Analyse des ZDF



„Regulierung von Meinungsmache“?

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kamp-Karrenbauer äußerte sich kritisch über das oben verlinkte „Follow-up“ Video:

Was wäre eigentlich in diesem Lande los, wenn eine Reihe von, sagen wir, 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten, wir machen einen gemeinsamen Aufruf: Wählt bitte nicht CDU und SPD. Das wäre klare Meinungsmache vor der Wahl gewesen. [...]
Und die Frage stellt sich schon mit Blick auf das Thema Meinungsmache, was sind eigentlich Regeln aus dem analogen Bereich und welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich, ja oder nein.

zitiert nach: [AKK will Online-"Meinungsmache" regulieren](#)

Rechtliche Kurzanalyse des Rechtsanwalts Simon Assion

Quelle: [@sas_assion](#)

Simon Assion @sas_assion
Ein paar medienrechtliche Anmerkungen zu der Äußerung von @akk, man müsse angesichts von #rezovideo über die Regulierung von Wahlaufufen von Influencern nachdenken. [twitter.com/Herr_Decker/st...](https://twitter.com/Herr_Decker/status/1234567890)

Simon Assion @sas_assion
Hier das Zitat, leicht redigiert:
(Quelle: [twitter.com/MdBdesGrauens/...](https://twitter.com/MdBdesGrauens/)) pic.twitter.com/RbITfICb3F

 **Simon Assion** @sas_assion 12h
Beginnen wir mit dem Offensichtlichen: Influencer sind keine Zeitungen.
Influencer sind Prominente, die manchmal für andere Personen

Simon Assion @sas_assion 12h
Ein Gesetz, das es Privatpersonen untersagt, vor der Wahl einen Wahlaufruf zu veröffentlichen, gibt es selbstverständlich nicht. Anderenfalls wären ja auch Wahlaufrufe von Prominenten zugunsten der

Simon Assion @sas_assion 12h

Und nun zu den Zeitungen: Auch für diese gibt es selbstverständlich kein Gesetz, das diesen "Meinungsmache" verbietet. Meinungen zu machen, gehört sogar zu deren eigentlicher Aufgabe.

(statt vieler BVerfGE 117, 244 (258) - Cicero)

 **Simon Assion** @sas_assion 12h
Deswegen gibt es selbstverständlich auch in Deutschland kein Gesetz,

 **Simon Assion** @sas_assion 12h
Lange Liste von Beispielen aus UK (für 2017): [en.wikipedia.org/wiki/Endorseme...](https://en.wikipedia.org/wiki/Endorsement)

Simon Assion @sas_assion
Wenn Zeitungen sich in Deutschland zusammentun würden, um konzentriert eine Wahlempfehlung abzugeben, dann wäre das also vollkommen legal.

Denn, in den Worten des BVerfG:

"Eine freie [...] keiner Zensur unterworfenen Presse ist Wesenselement des freiheitlichen Staates [...]. Ihre Aufgabe ist es, [...] Meinungen widerzusprechen und selbst Meinungen zu bilden und zu vertreten."

144) a) Das Grundrecht der Pressefreiheit umfasst die Freiheit, die **Termini** einer Zeitung festzulegen, abzuschnitten, zu ändern und diese **Termini zu verändern**, dies ist eine Grundbedingung für Presse, wie sie durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG gewährleistet wird. Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, kein Zensur unterworfenen Presse ist Wesensmerkmal des freiheitlichen Staates und für die moderne Demokratie unabdingbar (BVerfGE 20, 162 (174) - Spiegel). Ihre Aufgabe ist es, umfassende Information zu ermöglichen, die Vielfalt der bestehenden Meinungen widerzugeben und **selbst Meinungen zu bilden und zu verbreiten**. Das setzt die Existenz einer relativ großen Zahl selbständiger, vom Staat unabhängiger und nach ihrer Freiheit, politischen Färbung oder sonstwähliger Gruppierung miteinander konkurrierender Pressezeitschriften voraus (BVerfGE 12, 255 (269) - Feinrentenverl.; vgl. auch BVerfGE 20, 162 (172) - Freiheit der Presse) davon

Simon Assion @sas_assion
Zusammengefasst lässt sich also sagen: Wenn @akk andeutet, es gäbe im "analogen Bereich" Regeln, mit denen eine derartige "Meinungsmache" verboten sei, dann entspricht diese Äußerung nicht der Rechtslage.

Medienrechts gehen könnte, die sie auf "Influencer" übertragen könnte, hier noch eine kleine Auflistung von medienrechtlichen Regelungen, die alle NICHT verbieten, Wahlaufrufe zu veröffentlichen:

Simon Assion @sas.assion 12h

Aber selbstverständlich dürfen Journalisten und Medien sagen, welche Auffassung sie teilen. pic.twitter.com/tD9QAACHD3

Richtlinie 1.2 – Wahlkampfberichterstattung
Zur wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gehört, dass die Presse in der

Auch die Verpflichtung von Medien auf die "journalistische Sorgfalt" (z.B. § 6 Abs. 2 SaarlMedienG) verbietet Medien weder "Meinungsmache", noch Wahlaufrufe.

Medien können sorgfältig berichten und trotzdem Position beziehen. Sie sollten beides nur transparent voneinander trennen. pic.twitter.com/8333333333

Simon Assion @sas_assion 12h
Genau deshalb gibt es in Medien ja auch eine Vielzahl von Kommentaren,

Simon Assion @sas_assion
tl;dr:

- Versuche, dies gesetzlich zu ändern, wären unweigerlich verfassungswidrig.
- All dies gilt analog genauso wie digital.